

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckschrift: Nachrichten Dresden  
Bemerkenswerte Nummer: 23341  
Preis für Nachdruckpreis: 20 Pf.  
Schriftleitung: K. H. Hartmann  
Redaktion: A. L. Wittenstrasse 28/48

Besitzgebietskarte: möglichst weitestgehend monatlich 2,40 M. einschließlich 80 Pf. für  
Tageszeitung, durch Postleistung 2,40 M. einschließlich 50 Pf. Postzettel ohne Postzettelabgabe  
bei Tageszeitung im Bereich: Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Dresden 15 Pf. Ausgaben-  
preise: Die einzahltige 50 mm breite Seite 20 Pf., die auszahltige 40 Pf. Sammlerpreisen und  
Siedlungsscheine ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Siedlungsscheine 200 Pf.  
außerhalb 250 Pf. Offiziersabzeichen 20 Pf. Ausländerische Aufsätze werden vorbehoben.

Druck u. Verlag: Stegich & Reichardt,  
Dresden. Postle. 210, 1968 Dresden  
Nachrichten mit deutl. Quellenangabe  
(Dresden, Stadt.) gültig. Unterlandsteile  
Siedlungsscheine werden nicht auszahlt.

**Café Hülfer**

Weltversand der Dresdner Christstollen u. Baumkuchen

Konzert-  
Konditorei

Prager Straße  
Ecke Sidonienstraße

18. Konzert  
Gust. Acuna

**Damen-Taschen**

Auserlesene Modelle - Reichhaltige Auswahl  
Zeitgemäße niedrige Preise!

**Lederwaren Reiseartikel**

Adolf Näter, Prager Str. 26

Erlaubnis zur Bekanntmachung für  
Christstollen-  
Versand

**Dresdner Christstollen**

von ausgesuchter Güte Postkarte - 5 km. gegen Nachnahme M. 11.00

Ru. 13069 Robert Sommer

Breite Straße 8

## Brünings „Sieg“ über das Parlament

### Zurück vor der außenpolitischen Rechtfertigung

### Der Kampf um die Seele des Balkans

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Dez. Am Dienstagabend haben sich im Reichstag Vorgänge ereignet, die mit zu den beschämendsten gehören, was sich in diesem an ähnlichen Vorgängen gewiss nicht in einem Gremium abspielen konnte. Aus Furcht, die außenpolitische Debatte könnte Anlaß zu einer Änderung in der Führung unserer außenpolitischen Geschäfte geben, hat sich eine Reichstagsgemeinschaft zusammengefunden, die bereit war, mit außen- und grenzpolitischen Argumenten etwas zu decken, und zu begründen, was man im Volke raus und rütteln als Scheitern bezeichnet. Dr. Curtius bleibt also zunächst Außenminister, da wohl auch die Mieträumersanträge gegen ihn nunmehr keine Mehrheit finden dürften.

Deutschland wird im Januar in Geis von einem Manne vertreten werden, dessen wankende Position das gesamte Ausland kennt und von dem man genau weiß, daß sein Sturz nur um einige Wochen veragt worden ist.

Welche Rückwirkungen eine solche außenpolitische Personalwahl auf unsere Gegner in der Welt haben wird, ist leider noch klar. Dr. Curtius kann und wird in Geis nichts erreichen.

Die Redner derselben Parteien, die sich heute hinter den Reichskanzler stellen, hatten bereits vorher ein Einvernehmen darüber erzielt, daß eine außenpolitische Debatte unter allen Umständen abzuwenden sei. Man hätte es verkehren, wenn auch nicht billigen können, wenn diese Parteien dann wenigstens offen ausgesprochen hätten: „Wir wollen das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung erhalten, und befürchten, daß dies nach einer außenpolitischen Debatte nicht mehr möglich sei. Deshalb lehnen wir eine solche Aussprache ab.“ Was geschah statt dessen? Das nackte Parteiinteresse und die Lebensansicht des Kabinetts verdeckten sich hinter einem wahren Gedwall, der ausschließlich mit außenpolitischen Argumenten bestreiten wurde. Man vertrug sich sogar so weit, eine fiktive Willensbildung der deutschen Minderheit ins Feld zu führen, weil man sehr wohl wußte, des Nachwesels der Mächtigkeit dieser Bevölkerung entzogen zu sein weiß aus naheliegenden Gründen. Rennen nicht genannt werden konnten. Daß sich ein Mann wie der Katholikenführer aus Schlesien, Böhrer Ulrich, an einem solchen Spiel herab, wird wohl der Zentrumstraktor einiger Mandate kosten. Der ameite Aufseßpfeifer war der Reichsstaatspräsident selbst, der einem kommunistischen Redner Mitteilungen über die deutsche Abwehrorganisation in Oberitalien durchdrücken ließ, die von der Rechten mit dem Urteil „Vandalenverrat“ gebrandmarkt wurden. Das Reichstagsplenum löste sich von diesem Augenblick an in

ein Chaos lärmender, wild gestikulierender und schreiender Menschen

am. Wahrsag sah Herr Böhr diesen Voraussetzen zu. Da mehr er keine Präsidentenstiche vernachlässigte – so war wohl seine Rechnung –, um so unerfreulicher wurde das Bild dieser Geschäftsbildungsdebatte, und um so geringer wurden die Aussichten, eine Mehrheit für die außenpolitische Debatte herbeizuführen. Das merken diejenigen Parteien, denen bei der Verhinderung einer solchen Aussprache schon in Berücksichtigung ihrer Wähler nicht wohl war, sehr bald, und so trat denn ein Redner nach dem andern auf mit dem Hinweis, daß das Vorpiel dieser außenpolitischen Debatte sei Beweis dafür, wie unerfreulich eine im großen Stil aufgezogene Aussprache enden müsse. So spielten sich Zentrum

und Sozialdemokraten, leider aber auch die Deutsche und die Bayerische Volkspartei gegenseitig in die Hände, und das Ergebnis war die Abdrosselung der außenpolitischen Debatte.

die Nettung des Reichsinnenministers Dr. Curtius und die Ablehnung weiterer Punkte, die für die Tagessordnungen der nächsten Tage wichtig, ja ausschlaggebend gewesen wären.

Bekanntlich hatten die Deutschnationalen einen Antrag eingebracht, der die

Entfernung der roten Herrschaft in Preußen auf dem Wege über die Sperrung der Polizeistationen zu

zum Ziel hatte. Man hätte nun annehmen dürfen, daß diejenigen Parteien, die im Preußischen Landtag gegen das System des Ministerpräsidenten Braun und die sozialistische Verquickung mit dem Zentrum sturm laufen, die Gelegenheit als willkommen eracht hätten, die anders gelagerten Mehrheitsverhältnisse im Reich für ihren Kampf in Preußen auszunutzen. Was taten die Parteien dagegen, die im Preußischen Landtag zu der opponierenden Deutschen Fraktion gehören? Die Deutsche Volkspartei, die Christlichnationalen und andere Kräfte, die dieses Vorzeichen wahrscheinlich sehr bald vor ihren Wahlern zu vertreten haben werden,

brachten auch diesen Antrag zu Fall.

Den Triumph aber hat das Zentrum und Herr Braun, derselbe Herr Braun, der zusammen mit Severini jetzt tagtäglich Tausende von Schutzwälzern zum Schutz eines schmählichen Filmwerks auf Kosten der Steuerzahler in Bewegung setzt. Wenn jemals der richtige Zeitpunkt war, um dem Mißbrauch mit Polizeikräften, wie er um den Film „Am Westen nichts Neues“ seit einigen Tagen in Berlin getrieben wird, Einhalt zu gebieten, dann war es dieser Antrag, der dem roten Preußen die Polizeigelder entziehen sollte. Lebt man in den Fraktionssälen des Reichstags wieder in einem luftigen Raum, in dem keine Stimme und kein Wort von außen mehr eindringt? Sieht man denn nicht, daß das Land rings umher brennt, daß die Massen in Bewegung geraten sind, daß die Gruppen des Widerstandes marschieren, die im Begriff sind, eines Tages vielleicht mit rothaften Händen in die politische Entwicklung einzutreten, als es bisher geschehen ist? Fühlst man denn gar nicht, aus welcher Ecke der Wind weht, der heute auf Sturm steht und morgen ein Orkan sein wird? Der Reichstag wird in den nächsten Tagen, spätestens Ende der Woche, nach Hause gehen. Die Träger der politischen Gedankenwelt, die heute niedergestimmt wurden, werden nicht müsig sein. Daß der Wind in ihrem Segel liegt, wissen offenbar nur die Sägewalter der heutigen Regierungsgeschäfte nicht.

Die Fraktionssleitung des Christlichsozialen

Bundestages

begründet ihre heutige ablehnende Stellungnahme gegenüber den Anträgen auf eine außenpolitische Debatte mit einer Erklärung, in der es heißt, daß in diesem Augenblick eine auswärtige Debatte bei der heutigen politischen Spannung mehr nationalen Schaden als Nutzen brächte. In Sachen des Mieträumersantrags gegen den Reichsinnenminister Dr. Curtius, mit dessen Außenpolitik die Fraktion nicht einig gehen könne, sei ein Beschluss noch nicht gefaßt.

Die Deutschnationale Fraktion hat im Reichstag drei Mieträumersanträge gegen die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Wirth und Trebitsch eingebracht.

Bon Dr. Franz Thierscheler, Deutsche Akademie, München.

Seit einigen Tagen ist die Hölle von dem gewaltsamen Standbild gefallen, das von der Höhe der einstigen türkischen Festung Kallimagan weit in serbisches Land weist und ein ewiges Sinnbild des Dankes sein will, den der Staat Südbanien dem französischen Volke nach der Meinung der Pariser Regierung schuldet. Die Frauengestalt, die sich mit hinreichendem Schwung einem unsichtbaren Liebhaber entgegenwirkt, ist eine Meisterleistung des Serben Metrovic und verkörpert glücklich den leidenschaftlichen Lebenswillen des jungen Staates. Aber wie auch das wilde Temperament des Gelehrten seines Ursprungs nicht entrinnen kann, so haftet des Weibes Fuß an einem Vogel, der links serbische Bajonetts und rechts französische Fibeln auf wirksamen Plaketten trägt.

Das Denkmal auf dem Kallimagan in Belgrad ist durch zugleich zum Lehrreichen Symbol französischer Kulturrarbeit im Auslande geworden. Die große Schilderung in der französischen Kultur aus goldenem Überfluss in die Welt strömte und von Freund und Feind gleich hungrig begehrte wurde, ist vorüber. Langsam wird es in gemessenen Dosen verabreicht und eifrig wacht man darüber, daß Mittel und Wirkung im rechten Verhältnisse zueinander bleiben. Denn Mittel, nicht Selbstzweck, ist die Ausbreitung französischer Bildung und Geisteshaltung geworden; was der Lehrer ist, möchte der Diplomat, womöglich aber der Soldat erlernen.

Art der Franzosen ist es, zu beeinflussen. Einindruck zu machen: die fremde Seele ist ihnen eine Schallplatte, die man bespielt, um sie dann die Melodie wiederholen zu lassen, die dem Ohr so angenehm klingt. Vielleicht möchte das der Deutsche auch; aber unter den Händen verwandelt sich ihm – Gottlob! – solches Vergessen wider den Geist zur Arbeit um ihrer selbst willen, zur Freude an der Entfaltung schwimmernder Kräfte, auch wenn sie sich unzähligerweise gegen den Meister wenden sollten. Wer sich diese Unterschiede vergegenwärtigt, wird vieles auf dem Balkan verstehen lernen, was sonst unbegreiflich bleibt. Denn hier in Südosteuropa ist der große Kampftag, auf dem eines Tages entschieden werden wird, ob Deutschland oder Frankreich beim Aufbau der ungarischen, südslawischen, bulgarischen, rumänischen und griechischen Nationalkultur den entscheidenden Beitrag leistet. Noch schwankt die Waage hin und her, in Bulgarien vielleicht zu unseren, in Serbien zu Frankreichs Gunsten. Die griechische Kultur ist stark westlich gefärbt, um so entschiedener ist die ungarische nach Mitteleuropa gerichtet. In Rumänien kann man zweifelhaft sein, welche Säule das neue, um kulturstarken deutscher Minderheiten vermehrte Königreich tragen wird.

Deutschland wird sich jedenfalls in diesen Jahren zu entscheiden haben, ob die großen Möglichkeiten, die sich ihm in Südosteuropa für eine geistige Mitarbeit eröffnet haben, ungenutzt bleiben dürfen. Die Tatsache, daß Österreich noch vom Reiche getrennt ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland schon heute das geistige Erbe der Doppelmonarchie anzutreten und dafür zu sorgen hat, daß die Saat von Jahrhunderten nicht gedankenlos zertreten wird.

Der Bildungshunger der Balkanvölker hat fast etwas Bedeutendes; doch kann es nicht unsere Sache sein, zu fragen, wo diese Entwicklung einmal enden wird. Wir haben lediglich dafür zu sorgen, daß das deutsche Bildungsangebot dargeboten wird, dessen Südosteuropa heute bedarf. Wenn wir in ihm all das einbegreifen, was nur unter Aufwendung von Fleisch, Ausdauer, systematischer Arbeit und wissenschaftlicher Methodik erlangt werden kann, so dürfen wir mit gutem Gewissen behaupten, daß Deutschland und nur Deutschland das geistige Fundament zu einer selbständigen Entwicklung der Balkanvölker legen kann. Diese Überzeugung darf heute bei allen unvoreingenommenen teilenden und mit den europäischen Verbündeten vertrauten Menschen jener Staaten als feststehend gelten – auch dort, wo politische Berechnung, persönliche Neigung und zulässige Erziehung keinen Raum für deutschfreundliche Regelungen gewähren. Die französische Kultur hat in gewissem Sinne ihre endgültige Prägung erfahren, und zwar zu einer Zeit, in der noch kaum die Ansätze unserer technisch-naturwissenschaftlichen Entwicklung sichtbar wurden. Nur der Mensch mit alter, gepflegter Überlieferung fühlt sie auch heute noch mit einem merkwürdig aufreizenden Leben – der Unentwickelte dagegen wird sich zumeist mit der äußeren Hölle zufrieden geben, die seine inneren Ungeschicklichkeiten

### Senator Borah gegen die Kriegsschuldfrage

Washington, 9. Dez. Ganz unerwarteterweise kam es heute im Senat zu einer Debatte über die deutschen Reparationen und die Kriegsschuldfrage. Der deutschfeindliche Senator Reed (Pennsylvania) erklärte, Deutschland habe sich selineren Kriegs- und Kriegsverlusten durch Inflation entledigt. Sympathie für Deutschland sei nicht angebracht, wenn man bedenke, daß es einen verhältnismäßig geringen Betrag als Strafe dafür zahlen müsse, daß es der Zivilisation diesen Krieg aufgeburdet und so viel Unglück über die Welt gebracht habe. – Senator Borah erklärte in seiner Erwiderung, er könne der Behauptung Reeds nicht bestimmen, daß Deutschland nicht exzessive Zahlungen zu leisten habe. Denn Deutschland sei bei Kriegsende fast aller seiner Mittel beraubt worden, um diese Reparationszahlungen zu erfüllen.

Borah aber wolle er der Behauptung nicht zustimmen, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage. Frank-

reich, England und andere Nationen müßten in gleicher Weise für den Krieg verantwortlich erachtet werden.

### Kabinett der Persönlichkeit in Frankreich?

Paris, 9. Dez. Laval hat Dienstag mittag dem Staatspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Kabinettbildung endgültig annehme. In parlamentarischen Kreisen meint man, daß das Kabinett theoretisch bereits gebildet ist und daß die praktische Durchführung der Aufgabe vielleicht noch im Laufe des Dienstags, spätestens aber am Mittwoch beendet sein wird. Alle Vorauflösungen sprechen dafür, daß Laval ein Kabinett der Persönlichkeit zusammestellt, da die radikal sozialistische Kammergruppe ihre ablehnende Haltung gegenüber der Gruppe Marx in erneuert. Sie weigert sich auch, an einer Regierung teilzunehmen, in der Tardieu vertreten ist. Laval wird sich nun entscheiden müssen, ob er ein Kabinett der Persönlichkeiten bilden wird.